Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ewald Schnitze in Halle.

(Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u. Anschluß-Nr. 176.)

Saale-Zeitung.

Zweiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf. Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 123. Halle a. d. Saale, Dienstag den 15. März 1898.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 14. März. Die Kaiserin kann seit mehreren Tagen wegen starker Erkältung das Zimmer nicht verlassen.

Heute fand im Königl. Opernhause auf Allerhöchsten Befehl der dritte Gesellschafts-Abend dieser Saison statt. Es kam Otto Julius Bierbaum's „Lobetanz" unter persönlicher Leitung des Komponisten L. Thuille und das Ballet „Die Rose von Schiras" zur Aufführung. Der Kaiser, Prinz Friedrich Leopold und Prinzessin Friedrich Leopold wohnten derselben bei.

Eine Erklärung über die Handelsverträge.

Es war vorauszusehen, daß in dem Widerstreit der wirthschaftlichen Interessen sich auch diejenigen gewerblichen und politischen Kreise zusammenschließen würden, welche in dem durch den sogenannten „Sammlungsaufruf" eingeleiteten Vorgehen der agrarischen und hochschutzzöllnerischen Gruppen eine Gefährdung der Interessen der Allgemeinheit erblicken. So haben sich namhafte Vertreter von Industrie und Handel aller politischen Richtungen zusammengethan, um ihrerseits Stellung zu den wirthschaftlichen Fragen, insbesondere der im Interesse der deutschen Gewerbethätigkeit einzuschlagenden Handelsvertragspolitik zu nehmen und haben eine Erklärung vereinbart, die folgenden Wortlaut hat:

Der Zeitpunkt der Reichstagswahlen ist nahegerückt. Die Wahlen werden — wie über andere wichtige Fragen — über die zukünftige Gestaltung der Wirthschaftspolitik des Deutschen Reiches entscheiden.

Die Erfüllung agrarischer Sonderforderungen zieht nothwendigerweise eine Vertheuerung der Lebenshaltung der breiten Schichten des Volkes nach sich. Hierdurch würde die Konsumfähigkeit Deutschlands geschwächt und nicht nur Industrie und Handel, sondern auch die Landwirthschaft beeinträchtigt werden. Wenn auch einzelnen Produktionszweigen durch weitere Erhöhung der Schutzzölle und den Ausschluß des auswärtigen Wettbewerbes die Möglichkeit gegeben wäre, sich theilweise schadlos zu halten, so würden doch die arbeitenden Klassen und das Erwerbsleben in seiner Gesammtheit, insbesondere die Exportindustrie auf allen Märkten der Welt, schwer darunter zu leiden haben.

Deutschlands wachsende Bevölkerung bedarf im Interesse aller Produktionszweige der Erhaltung und Ausdehnung der heimischen Industrie, die exportfähig bleiben muß, soll dem Aufschwunge der letzten Jahrzehnte nicht ein verhängnißvoller Rückschritt folgen.

Nur Handelsverträge von langer Dauer mit gegenseitiger Bindung der Tarifsätze können jene Stabilität gewährleisten, die für die gesunde Entwicklung unseres nationalen Wirthschaftslebens unerläßlich ist. Durch das Recht der Meistbegünstigung muß der deutsche Export dagegen geschützt werden, daß ihm durch Bevorzugung anderer Nationen der Mitbewerb nicht erschwert oder unmöglich gemacht wird. Deshalb halten wir fest an der Handelspolitik der letzten Jahre, deren Fortführung und Ausbau wir erstreben.

Wir wollen die Förderung der gesammten nationalen Arbeit, nicht die Bevorzugung Weniger auf Kosten der Allgemeinheit. Wer Deutschlands wirthschaftliche und politische Machtstellung erhalten und erhöht wissen will, der sorge an seinem Theile dafür, daß aus den kommenden Wahlen ein Reichstag hervorgehe, der die Zumuthungen einer unter dem irreführenden Schlagworte der „Sammlungspolitik" auftretenden einseitigen Wirthschaftspolitik zurückweist und ein volles Verständniß für die Bedeutung und die Tragweite einer wahrhaft nationalen Wirthschaftspolitik besitzt.

Von den bisherigen Unterzeichnern dieses Aufrufs, welcher nunmehr in ganz Deutschland zur Mitunterzeichnung verbreitet werden soll, erwähnen wir:

Ernst Borsig, Berlin, Fabrikbesitzer. Ehni, Stuttgart, Kommerzienrath. Goldberger, Berlin, Geh. Kommerzienrath. Friedrich Goldschmidt, Berlin, Generaldirektor. R. Henneberg, Berlin, Kommerzienrath. Wilh. Herz, Berlin, Geh. Kommerzienrath. Dr. Holtz, Ellenach, Kommerzienrath, Fabrikbesitzer. E. Kaselowsky, Kommerzienrath, Generaldirektor. S. Kaufmann, Breslau, Fabrikbesitzer. Kasp. G. Kulenkampff, Bremen, Präsident der Handelskammer. Isid. Loewe, Kommerzienrath. Richard Roesicke, Berlin, Brauereidirektor. K. Schrader, Berlin, Eisenbahndirektor a. D. Dr. G. Siemens, Berlin, Baukdirektor. C. Spindler, Berlin, Kommerzienrath. Dr. Weigert, Berlin, Stadtrath, Fabrikbesitzer. Wilhelmi, Görlitz, Vorsitzender der Handelskammer.

Während die Mitglieder der nationalliberalen Partei theils durch Unterzeichnung des gegnerischen Sammlungsaufrufs, theils durch die besondere Erklärung des nationalliberalen Parteivorstandes ihre Stellungnahme gekennzeichnet haben, haben die übrigen liberalen Parteien beschlossen, sich dem Vorgehen der in Rede stehenden Erwerbskreise gemeinsam anzuschließen, und ist der Aufruf daher mitunterzeichnet von den Abgeordneten:

Dr. Barth, Fischbeck, Frese, Konr. Hausmann, Dr. Langerhans, Payer, Dr. Pachnicke, Richter, Rickert, Schmidt-Elberfeld.

Einer Mittheilung der „Freis. Ztg." entnehmen wir noch, daß die erste Anregung zu obiger Erklärung von nationalliberalen Industriellen und Kaufleuten ausgegangen ist, welche wünschten, ihren handelspolitischen Ueberzeugungen im Gegensatz zu anderen Kundgebungen einen klaren Ausdruck vor der Oeffentlichkeit zu geben. Wir kommen auf die bedeutungsvolle Kundgebung noch weiter zurück.

Der Deutsche Handelstag

trat am Montag im Langenbeck-Hause in Berlin zu seiner diesjährigen Plenarversammlung zusammen. Der Vorsitzende, Geheimrath Frentzel, begrüßte die anwesenden Staatssekretäre Graf v. Posadowsky und Thielmann, sowie den Reichsbankpräsidenten Dr Koch. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete Graf v. Posadowsky an den Handelstag eine begrüßende Ansprache, in der er ausführte:

Die Regierungen wie der Reichskanzler wenden allen Zweigen des Erwerbslebens das gleiche Interesse zu, insbesondere auch dem deutschen Handel, dessen Aufgabe nicht nur die Förderung des Güteraustauschs, sondern auch die Schaffung neuer Werthe sei. Er führe die von dem heimischen Markte nicht aufgenommenen Güter dem ausländischen Verbrauche zu. Der vielfach angegriffene Ausdruck „Internationale Exportindustrie" sei dennoch zutreffend. „Unser Handel ist auf den Export angewiesen. Unser Bestreben geht auf die Erweiterung der internationalen Exportindustrie sowie auf die Unterstützung des Handels, in seinem Streben, immer neue Absatzwege zu erringen. Aber unsere Exportindustrie ist auch eine nationale, denn ein großer Theil der Waaren ist aus deutschen Rohstoffen." Der Staatssekretär fährt fort, er könne versichern, daß die verbündeten Regierungen den aufrichtigen Wunsch und das Bestreben haben, es möge dem deutschen Handel gelingen, nicht nur, wie bisher, den heimischen Markt zu beherrschen, sondern auch einen Antheil am Welthandel und immer größere Erfolge im internationalen Wettbewerbe zu haben. Damit werde der deutsche Handel dem deutschen Erwerbsleben einen großen Dienst leisten, und die verbündeten Regierungen würden die dahingehenden Bestrebungen des Deutschen Handelstages freudig unterstützen.

Die Versammlung begann sodann die Berathung der Verlängerung des Privileges der Reichsbank. Die vom Referenten Bankdirektor Schinckel-Hamburg empfohlene Annahme einer Erklärung, worin der Handelstag sich gegen eine Verstaatlichung der Reichsbank und für die Verlängerung des Privilegiums ausspricht, unter dem Hinweis, daß es unverantwortlich wäre, an der wichtigen und bewährten Einrichtung ohne zwingende Nothwendigkeit mit Neuerungen zu experimentiren, erfolgt einstimmig. — Der Reichsbankpräsident dankte für das einmüthige Votum, welches in dieser wichtigen Frage, wobei noch andere als fiskalische Rücksichten zu beobachten sind, abgegeben werden.

Es war thatsächlich dringend nothwendig, so führte er aus, daß diese wichtige Frage aus der trüben Fluth der Parteiund Tagesdiskussion hinübergeleitet wurde in das Gebiet der sachverständigen Erwägung. Er danke für die Anerkennung, daß die Reichsbankverwaltung sich redlich bemühte, dem Lande das zu leisten, was von der Centralnotenbank gefordert werden kann. Im ganzen Lande werde das Votum des Handelstages deutlich vernommen werden und als Zeugniß gelten, welches die Berufskreise, die das hauptsächlichste Interesse an der Reichsbank haben, abzugeben sich verpflichtet fühlten. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Pause berichtet Zweininger-Leipzig über die Reichsunterstützung der Postdampferverbindung mit Ostasien und empfiehlt eine Erklärung, in welcher großer Werth für die Vermehrung und Beschleunigung der Postdampfschifffahrtsverbindung mit Ostasien ausgesprochen wird. Dem Bundesrathe und dem Reichstage gebühre Dank für die wohlwollende Fürsorge in dieser Angelegenheit. Die Erklärung wurde mit dem Zusatze Dittmar-Mainz, daß den subventionirten Gesellschaften das Anlaufen ihrer Dampfer auch in Rotterdam mindestens versuchsweise zur Pflicht gemacht werde, angenommen. Hierauf folgt der Bericht des Generalsekretärs Soetbeer über die Vorbereitung von Handelsverträgen.

Redner begründet seine Erklärung, in welcher der Regierung dafür gedankt wird, daß sie für den Abschluß von Handelsverträgen einen wirthschaftlichen Ausschuß gebildet habe, und in welcher ausgesprochen wird, daß sie bei den seit 1891 geschlossenen Handelsverträgen trotz einzelner Mängel die grundsätzlich richtigen Wege eingeschlagen habe. Bei dem Abschluß künftiger Handelsverträge sei dahin zu streben, daß die auswärtigen Staaten für eine längere Reihe von Jahren die Zölle auf die hauptsächlich von uns bei ihnen eingeführten Waaren ermäßigen oder wenigstens nicht zu erhöhen sich verpflichten und Meistbegünstigung gewähren.

Die Erklärung wurde einstimmig angenommen. Nach vorgenommener Ergänzungswahl für den Ausschuß wurden die Verhandlungen geschlossen.

Parlamentarisches.

* Im Abgeordnetenhause wurde gestern, wie man uns aus Berlin schreibt, die Kultusdebatte beim Volksschulwesen fortgesetzt. Das Centrum (Dauzenberg und Glattfelder), sowie die Polen (Schröder und Neubauer) unternahmen hierbei einen lebhaften Angriff auf die Schulverwaltung, wobei die Klerikalen die Auslieferung des Religionsunterrichtes an die Geistlichkeit verlangten und ihrem Sehnen nach einem Volksschulgesetz à la Zedlitz Ausdruck verliehen. Der Minister verwies auf den staatlichen Charakter der Schule, konnte sich aber einige Bücklinge vor dem klerikalen Standpunkt leider nicht versagen. Zu großen Weiterungen führte diese Kulturkampf-Debatte in Anbetracht der Geschäftslage nicht, dagegen wurden noch manche Klagen über die Ausführung des Lehrerbesoldungsgesetzes laut. Zum Schluß hielt der Abg. Wetekamp einen inhaltreichen Vortrag über lateinische und deutsche Schrift, gute und schlechte Orthographie, worauf eine Abendsitzung anberaumt wurde. Zwanzig Redner standen noch auf der Liste!

* In der gestrigen Sitzung des Bundesrathes wurde die Vorlage betr. die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1898 den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschußantrag zu dem Entwurfe zu Vorschriften über Auswandererschiffe und dem Ausschußantrage zu dem Entwurfe von Bestimmungen über den Geschäftsbetrieb der Auswanderungsunternehmer und -Agenten wurde zugestimmt. Der Bundesrath hat sich, wie die „Natl. Corr." annehmen zu können glaubt, auch mit der durch das Centrum aufgeworfenen Deckungsfrage beschäftigt.

* Zur Deckungsfrage im Flottengesetz schreibt die in Karlsruhe erscheinende „Südd. Reichskorresp.":

„Wir glauben zu wissen, daß die verbündeten Regierungen geneigt sein dürften, eine Erklärung dahin abzugeben, daß die Beschaffung der Kosten für die Flottenvermehrung in keinem Fall durch Erhöhung der bestehenden oder Einführung neuer indirekter Steuern erfolgen werde. Mit dieser Erklärung wird man sich aber auch begnügen müssen, denn es wäre für die Reichsregierung vollständig unannehmbar, irgend eine Erklärung abzugeben, über die Verpflichtungen der Reichsverfassung hinaus die einzelstaatliche Gesetzgebung zu beschränken."

* Nach einer offiziösen Notiz aus badischen Abgeordnetenkreisen soll der badische Landtag Ende Mai geschlossen und im Herbst zu einer besonderen Tagung — zur Berathung einer Anzahl von Vorlagen, die mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch im Zusammenhang stehen — wieder einberufen werden.

Parteinachrichten.

* Der Vorstand des Allgemeinen deutschen und bayerischen Handwerkerbundes erläßt soeben zu den bevorstehenden Reichstagswahlen an alle selbständigen Handwerker einen Aufruf, aus patriotischen und sozialpolitischen Gründen auf alle Fälle wider die Sozialdemokratie, die „theoretische und praktische Feindin des Mittelstandes und der gewerblichen Selbständigkeit", zu stimmen. Der Aufruf schließt, nachdem er die Handwerker aufgefordert hat, sich zum Kampfe aller ordnungsliebenden bürgerlichen Elemente um die staatliche, gesellschaftliche und wirthschaftliche Ordnung zusammenzuschaaren, mit folgenden Worten:

„Wenn es auch wichtig ist, die Kandidaten auf ihre Handwerkerfreundlichkeit zu prüfen, so ist doch in jedem Falle die Stimme offen gegen die Sozialdemokratie abzugeben, auch dort, wo wir, um den anderen Kandidaten zum Siege zu verhelfen, einen Bruchtheil unserer politischen Ueberzeugung dem großen Gedanken der Sammlung aller Ordnungsfreunde zum Opfer bringen müssen."

* Eine zahlreich besuchte nationalliberale Vertrauensmänner-Versammlung des mannheimer Reichstagswahlkreises stellte einstimmig den Reichstagsabgeordneten Bassermann wieder als Kandidaten auf. Bassermann nahm die Kandidatur an.

* Der Vorstand des deutschsozialen Reformvereins des Wahlkreises Ohlau-Strehlen-Nimptsch erläßt folgende öffentliche Erklärung: „Mit der vom Provinzialverbande aufgedrängten Zählkandidatur des Herrn Reichstagsabgeordneten Zimmermann-Dresden haben wir nichts zu thun; unser Reichstagsabgeordneter ist und bleibt Herr Robert Rother-Saegen." — Auch aus dem Wahlkreise Prenzlau-Angermünde wird gemeldet, daß die dortigen Führer der deutschsozialen Reformpartei die Kandidatur des Herrn Böckler nicht anerkennen wollen. — Bei den Antisemiten scheint ja eine nette Konfusion zu herrschen.

* Dem „Forst. Tagebl." wird gemeldet, daß von der konservativen Partei der Landtagsabgeordnete Baumeister Felisch in Charlottenburg als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Sorau-Forst in Vorschlag gebracht worden sei. Den Kreis vertritt gegenwärtig der Bundesführer v. Plötz, der sich die sauren Trauben aber nicht noch einmal pflücken will.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Die letzte Staatsministerialsitzung am Sonnabend dauerte fünf Stunden, von 3 bis 8 Uhr. Staatssekretär v. Bülow ist wieder völlig hergestellt und nahm an der Sitzung theil, ebenso Graf Posadowsky und außerdem der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral Tirpitz.

* Es wird bestätigt, daß sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von dem völligen Abschlusse des deutsch-chinesischen Vertrages auf telegraphischem Wege vom Kaiser der Befehl ergangen ist, unverzüglich alle Besatzungen aus der sog. neutralen Zone von Kiautschau im Durchmesser von 50 km des Hinterlandes zurückzuziehen. Das letztere ist demnach wieder den Chinesen übergeben mit der Maßgabe, daß China in der erwähnten Zone ohne Zustimmung der deutschen Behörden keine Anordnungen trifft.

* In dem Prozeß des früheren Hofpredigers Stöcker gegen den Redacteur Schwuchow wegen Beleidigung verurtheilte das Schöffengericht zu Saarbrücken den Angeklagten unter Freisprechung in einem Falle zu 200 M. Geldstrafe und legte Schwuchow drei Viertel und Stöcker ein Viertel der Kosten auf.

Volkswirthschaftliches.

* Wenn in verschiedenen Kreisen vermuthet wurde, daß schon in kurzer Zeit wieder eine Aenderung des Zuckersteuergesetzes vorgenommen würde, so wird jetzt diese Vermuthung als Irrthum bezeichnet werden können. Nach der Erklärung eines Regierungsvertreters in der Petitionskommission des Reichstages ist es nicht wahrscheinlich, daß die verbündeten Regierungen sich in einer nahen Zeit mit einer solchen Frage beschäftigen werden, und zwar einerseits, weil die Einwirkungen des erst seit dem 1. August 1896 in Kraft stehenden Gesetzes auf den Rübenbau und die Zuckererzeugung sich noch nicht übersehen ließen (?) und andererseits weil zunächst jedenfalls der Verlauf der neuerdings eingeleiteten, auf Beseitigung der Zuckerprämien gerichteten Verhandlungen, bei denen Deutschland die Abschaffung aller direkten wie indirekten Prämien in den betheiligten Staaten herbeizuführen bestrebt sein wird, abzuwarten sei.

* Wie der „Hamb. Korr." wissen will, beschäftigt sich Herr v. Miquel wieder mit Steuerplänen, und zwar soll es angeblich das Fahrrad sein, das die Aufmerksamkeit des Finanzministers auf sich gezogen hat:

„Im preußischen Finanzministerium," so schreibt das Blatt, „schenkt man der in verschiedenen ausländischen Staaten bestehenden Gesetzgebung wegen Besteuerung des Radfahrsports eingehende Beachtung. Eine Fahrradsteuer ist bekanntlich schon in mehreren Staaten eingeführt, in Belgien, Frankreich,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980315017/fragment/page=0001

Italien usw. In Deutschland hat man bisher nur davon gehört, daß von seiten einzelner Städte Erörterungen wegen kommunaler Besteuerung der Fahrräder gepflogen worden seien. Wenn man jetzt im preußischen Finanzministerium mit dem Studium der Frage sich beschäftigt, so könnte dies nur mit dem Gedanken einer etwaigen staatlichen Besteuerung des Radfahrsports zusammenhängen, ein Gedanke, der allenfalls in den Rahmen der neuerdings wieder in den Vordergrund getretenen Pläne wegen Einführung von Luxussteuern passen würde. Ob das Studium der einschlägigen ausländischen Gesetzgebung im Finanzministerium schließlich zu einer bezüglichen Steuervorlage führen wird, entzieht sich natürlich zur Zeit noch ganz der Beurtheilung."

Wir leben bekanntlich im Zeichen des **Verkehrs**, und der soll ja heute **besteuert** werden. Als etwas anderes denn ein Verkehrshinderniß kann man die Fahrradsteuer doch nicht gut ansehen. An Steuern auf Equipagen, Luxus- und Rennpferde denkt man nicht, ein solcher Gedanke liegt den heutigen Gesetzmachern viel zu fern.

* Die **produktionsstatistischen Fragebogen** für verschiedene Zweige der **Textilindustrie** sind in den letzten Tagen aus dem Reichsamte des Innern versandt worden; diejenigen für die Lederindustrie werden demnächst ausgeschickt werden können.

Heer und Marine.

* S. M. S. „Kaiserin Augusta“ ist am 14. d. von Kiaotschau nach Shanghai in See gegangen, während S. M. S. „Cormoran“ beabsichtigt, am 16. d. von Kiaotschau ebenfalls nach Shanghai zu gehen. — S. M. S. „Stein“ ist am 13. d. in Vlissingen und S. M. S. „Seeadler“ am 12. d. in Port Elizabeth angekommen und beabsichtigt am 18. d. nach Sansibar in See zu gehen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung vom 14. März, 11 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Am Ministertische: Dr. Bosse u. a.

Die zweite Berathung des **Kultusetats** wird fortgesetzt beim Kapitel der Ausgaben für Elementarschulwesen.

Abg **Lückhoff** (fk.): Wenn ich auch anerkenne, daß unsere Volksschulen auf der Höhe der Zeit stehen, möchte ich doch den Wunsch äußern, daß in den Schulen noch mehr Gewicht auf die Botanik gelegt wird, vor allem aber auf die Pilzkunde. In den Seminarien müßten die späteren Lehrer in diesen Zweig der Botanik genau eingeführt werden. Vor allem müßten ihnen die Merkmale der giftigen und nicht giftigen resp. eßbaren Pilze genau bekannt gemacht werden. Redner verbreitet sich über diese Merkmale.

Präsident **v. Kröcher**: Allzu lange dürfen Sie aber nicht über die Pilze reden. (Heiterkeit.)

Abg. **Lückhoff** (fortfahrend): Nein! Redner spricht dann weiter von den Pilzen.

Abg. **Dauzenberg** (Ctr.): Nach Ansicht meiner Freunde ist die Schule ein Annex der Kirche. Die Kirche kann die Schule nicht entbehren, wenn sie ihre Zwecke erreichen will. Das Schulaufsichtsgesetz entspricht nicht unseren Anschauungen vom Wesen der Volksschule. Man soll das innige Verhältniß zwischen Kirche und Schule nicht stören, sondern hegen und pflegen. Der moderne Staat aber will omnipotent sein und will der Kirche und Schule Grenzen ziehen. Das können wir aber nicht acceptiren. Unter dem Minister Falk war das Verhalten des Staats gegen die katholische Kirche in Bezug auf die ihr zukommende Stellung der Schule gegenüber geradezu ein feindseliges. Man ging damals mit Rücksichts- und Schonungslosigkeit gegen alle Traditionen vor. Der gegenwärtige Minister hat zwar gesagt, die Volksschule müsse eine christliche sein, aber seine Verwaltung handelt noch nicht genügend nach diesem Grundsatze. Auf Schritt und Tritt begegnet die Unterrichtsverwaltung auch jetzt der katholischen Kirche mit Mißtrauen. Das zeigt sich besonders in Bezug auf die Ertheilung des katholischen Religionsunterrichts. Die Unterrichtsverwaltung sieht in dem Religionslehrer einen staatlichen Beamten. Das widerspricht unseren Anschauungen. Der Minister meint, wir müßten doch einmal zusammenleben und es müsse dafür ein erträglicher modus vivendi gefunden werden. Aber auf solche Weise ist das unmöglich. Vor allem muß man berücksichtigen, daß die Schule in erster Linie ein Erziehungsinstitut sein soll. Der Unterricht steht erst in zweiter Linie. Das natürliche Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder wird durch die Zwangsstaatsschule umfangreicher und der Unterricht tritt zu sehr in den Vordergrund, man will alles Mögliche in den Kopf der Schüler hineinpfropfen. Man kommt auch viel zu sehr den Ideen des Herrn von Schenckendorff entgegen und belastet damit die Volksschule noch mehr. Der geborene Ertheiler des Religionsunterrichts ist der Geistliche. Unhaltbar ist auch der Zustand, daß man Leute zu Kreisschulinspektoren ernennt, die am kirchlichen Leben gar nicht theilnehmen. Ich meine, man kann für die Volksschule gar nicht genug thun und muß nach folgenden Grundsätzen verfahren: Die Volksschule ist als Erziehungsanstalt im christlichen Staate eine christliche. Nach den Grundsätzen der Konfession, der die Kinder angehören, müssen sie erzogen werden unter Zuziehung der zuständigen Organe dieser Konfessionen. Der Religionsunterricht ist von den Religions-Gesellschaften zu ertheilen. Der Gesammtunterricht in der Volksschule muß darauf Bedacht nehmen, daß die religiöse Erziehung nicht aus dem Auge gelassen und das Recht der Eltern gewahrt wird. (Beifall im Centrum.)

Minister Dr. **Bosse**: Ich bin mit dem Vorredner darin einverstanden, daß man für die Volksschule gar nicht genug thun kann. Aber die Volksschule ist bei uns verfassungsgemäß eine Veranstaltung des Staates und sie ist thatsächlich eine christliche Schule. Wir haben über 35,000 konfessionelle und nur wenige Hundert Simultanschulen. Wie kann da Herr Dauzenberg meinen, wir hätten keine christliche Schule. Es läßt sich in der Praxis gar nicht durchführen, daß katholische Schulen nur katholischen und die evangelischen nur evangelischen Schulaufsichtsbeamten unterstellt werden. Wir gehen in Bezug auf das Schulwesen ganz offen und ehrlich zu Werke und der Verweis, der in der Rede des Vorredners gegen uns enthalten war, hat mich sehr betrübt. Wir haben jetzt mit den geistlichen Oberen auf der ganzen Linie vollen Frieden.

Abg. **Schröder** (Pole) bringt angebliche Mißgriffe der Kreisschulinspektoren im Osten zur Sprache. Der Kreisschulinspektor Grabow habe z. B. sich nicht gescheut, in Gegenwart katholischer Kinder über den Papst abfällige Aeußerungen zu machen. Redner tadelt dann wiederum das Vorgehen der Regierung gegen den polnischen Sprachunterricht. In einem Falle sei, als polnische Schulkinder vor Gericht als Zeugen vernommen werden sollten, konstatirt waren, das diese die an sie gestellten Fragen gar nicht verstanden und nicht einmal die zehn Gebote hersagen konnten. Das seien die Folgen einer Schultechnik, welche die Muttersprache verfolge. Es werde noch dahin kommen, daß die Kinder weder polnisch noch deutsch können, da sie ja dem in deutscher Sprache erhaltenen Unterrichte nicht folgen könnten und ihnen polnischer Sprachunterricht nicht ertheilt werde. Den evangelischen Polen gegenüber verhalte sich die Regierung viel nachsichtiger und komme ihnen auch in Bezug auf den polnischen Sprachunterricht entgegen. Die Regierung scheine also doch selbst einzusehen, daß der polnische Lese- und Sprachunterricht in erhöhtem Maße nöthig sei. Von der polnischen Sprache gelte auch der Satz: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“

Ministerialdirektor **Kügler**: Es stehe den Polen nicht die Befugniß zu, auf Grund früherer historischer Ereignisse eine Sonderstellung in Preußen einzunehmen. Sie sollten an den Landtagsabschied von 1846 denken, wo ausdrücklich gesagt worden sei, daß die Polen in der preußischen Monarchie ihr Vaterland finden müßten. Die Bedeutung der Wiener Verträge sei hier schon oft genug erörtert worden. Redner legt sodann dar, wie die polnische Presse durch falsche Darstellung der polnischen Geschichte Irrthümer erwecke. So habe ein polnisches Blatt gesagt, es sei nur der Hochherzigkeit der Polen z. B. zu verdanken gewesen, daß nicht ganz Deutschland mohammedanisch geworden sei.

Abg. **Glattfelter** (Centr.) tritt für die geistliche Schulinspektion ein, die schon eine Konsequenz des der Kirche verliehenen Lehramtes sei. Daß von den 36,000 Schulen, die wir hätten, nur 660 Simultanschulen seien, sei ja wohl richtig, aber das sei doch immer noch kein zufriedenstellender Zustand. Redner wünscht sodann, daß man bei der Entlassung eines Kindes aus der Schule, namentlich eines Mädchens, das im Hause gebraucht werde, nicht so strenge Grundsätze walten lasse und es auch schon vor dem vierzehnten Jahre, wenn es den ganzen Lehrgang der Volksschule durchgemacht hätte, entlasse. Redner spricht den Wunsch aus, daß man den Lehrern ihre Seminarhilfslehrerzeit mit anrechne.

Abg. Dr. **Arendt** (frk.) bemerkt, daß seine Freunde darüber einig seien, daß der gegenwärtige Augenblick so wenig wie möglich für solche allgemeine Klagen des Centrums geeignet sei. Der Standpunkt seiner politischen Freunde in diesen Sachen sei hinlänglich bekannt. Dankbar sei er dem Minister für sein Eintreten für die Staatsschule. Das Lehrerbesoldungsgesetz habe im wesentlichen den Wünschen der Lehrer genügend Rechnung getragen, jedoch müsse man bei Durchführung dieses Gesetzes auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden Rücksicht nehmen. Es seien ihm Klagen aus dem Bezirke Merseburg zugegangen, wonach dortige Gemeinden zu schwer durch das Gesetz belastet worden seien. Daß man auch den Anfang gemacht habe, Hygiene in den Seminaren zu lehren, sei sehr erfreulich. Dringend nothwendig sei auch die gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht. Zum Schluß betont er nochmals: Gebet dem Lehrer, was des Lehrers ist, und nehmet den Gemeinden nicht etwas, was sie nicht haben.

Abg. **Neubauer** (Pole) wünscht gleichfalls, daß bestimmt werde, daß Kinder auch schon vor dem 14. Lebensjahre aus der Schule entlassen werden können, wenn sie den Volksschulunterricht vollständig in sich aufgenommen hätten.

Abg. **Buck** (nl.) bringt die Gehaltsnormirung für die Volksschullehrer im rheinisch-westfälischen Industriebezirk zur Sprache. In Mülheim an der Ruhr und in Styrum habe man das Gehalt auf 1400 M. Grundgehalt und 200 M. Alterszulagen festgesetzt, jedoch habe die Regierung diese Sätze auf 1350 bezw. 180 M. herabgesetzt. Das sei ein nicht zu billigendes Verfahren seitens der Regierung. Die Gemeinden seien leistungsfähig und die Lebensverhältnisse sehr theuer. Außerdem würden die Lehrer dadurch in manchen Fällen auf viele Jahre hinaus schlechter gestellt sein, als sie jetzt stehen. Die Regierung in Düsseldorf solle doch jetzt noch dem mehrfach gefaßten Beschlusse der Gemeindebehörden zustimmen. Auch in der Gemeinde Rotthausen habe die Regierung den Satz der Alterszulagen ohne genügenden Grund herabgesetzt, ebenso seien im Bezirk Arnsberg die Grundgehaltssätze von der Regierung herabgesetzt worden. Er hoffe, daß diese Haltung der Regierung nicht im Einklang mit den Absichten des wohlwollenden Herrn Ministers stehe.

Minister Dr. **Bosse** erwidert, daß ihm diese Fälle im einzelnen nicht bekannt seien, und daß er erst die Regierungen fragen müsse, ehe er ein Urtheil abgebe. Im übrigen marschirten die Bezirke Düsseldorf und Arnsberg in Bezug auf das Gehalt ihrer Lehrer an der Spitze der ganzen Monarchie. Die Staatsregierung habe bei der Ausführung des Lehrerbesoldungsgesetzes zwei Punkte im Auge, einmal den, daß die Lehrer ein den örtlichen Verhältnissen entsprechendes Gehalt erhielten, und dann den, daß bei der Gewährung des Diensteinkommens für die Lehrer die Gemeinden nicht übermäßig belastet würden. Die Staatsregierung sei stets bestrebt, diese beiden Gesichtspunkte mit einander in Einklang zu bringen, und hätte auch in Provinzial-Konferenzen stets diesen Grundsatz geltend gemacht. Die Regierung hätte nur dort die Sätze heruntergesetzt, wo die Gemeinden sich über die finanzielle Wirkung ihrer Vorschläge im Unklaren befunden hätten. Dies sei freilich den Lehrern nicht angenehm gewesen, die Sache ließe sich aber nicht ändern. Die einzelnen Regierungen hätten ganz recht gehandelt, wenn sie aus diesem Grunde eine Herabsetzung vorgenommen hätten, da sonst in späterer Zeit große Unzufriedenheit in den Gemeinden entstehen würde, wenn sie zu der Einsicht kämen, daß sie ihre finanzielle Kraft überschätzt hätten. Die Regierungen seien aber stets bemüht gewesen, die Sache in Güte zu regeln, und im allgemeinen seien recht gute Resultate erzielt. Die Befürchtung der Lehrer, daß die Minimalsätze Normalsätze würden, sei nicht eingetroffen. Die Schwierigkeiten, die sich hier und da erhoben hätten, seien durch das sehr weite Entgegenkommen des Herrn Finanzministers beseitigt. Die Lehrer seien überall in den Besitz eines zwar bescheidenen, aber ausreichenden Gehaltes gekommen. Die Ausführung des Gesetzes sei nahezu vollendet, und im ganzen und großen auch nach der Ansicht des Lehrerstandes eine durchaus zufriedenstellende gewesen. Er hoffe, daß das Gesetz nicht nur den Lehrern, sondern auch der Volksschule zum Segen gereichen werde. (Beifall.)

Abg. Dr. **Böttinger** (nl.) spricht der Regierung und den einzelnen Provinzialbehörden seinen Dank aus für die große Mühe, die sie sich bei der Ausführung des Gesetzes gegeben und dankt auch dem Minister für seine Erklärung, die zweifellos zur Beruhigung dienen würde. Leider seien im Westen die Lehrer nicht überall besser gestellt worden, obwohl es dort der theuren Lebensverhältnisse wegen, durchaus nothwendig sei. Redner bittet den Minister um höhere Zuschüsse für die weniger leistungsfähigen Gemeinden und um eine Besserstellung der Seminarlehrer.

Abg. **Wetekamp** (Frs. Vp.): In den Anforderungen an die Volksschule werden wir nicht heruntergehen. Das Ministerium ist den verschiedenen Bestrebungen, namentlich denen des Abg. v. Schenckendorff nicht so entgegen gekommen, wie wir wünschten. Das Maß des in der Volksschule gelehrten Stoffes müßte herabgesetzt werden. Wozu werden zwei Schreibalphabete gelehrt? Wie viel Zeit wird dadurch vergeudet? Das richtigste wäre, das sogen. gothische Alphabet abzuschaffen und nur das lateinische zu lehren, da dieses bei allen Kulturvölkern, mit Ausnahme des russischen, eingeführt ist. Die lateinische Rundschrift ist viel schreibflüchtiger als die gothische Spitzschrift. Auch ist sie viel lesbarer, da man sie auf größere Entfernungen lesen kann als die deutsche. Die Rekruten aus den deutschen Gegenden im Elsaß weisen einen viel höheren Prozentsatz an Kurzsichtigen auf als diejenigen aus den französischen Gegenden. Hier liegt absolut keine nationale Frage vor. Wenn wir eine wirklich deutsche Schrift haben wollen, müßten wir die altrunische Schrift einführen. Ein Schmerzenskind der Schule ist auch die Orthographie. Meiner Ansicht nach sollte man etwas mehr Freiheit auf diesem Gebiete gestatten. Wenn man den Grundsatz aufstellt, daß sich die Orthographie der Aussprache des Wortes anpassen soll, dann ist unsere Orthographie zu komplizirt. Viele Lehrer sind oft selber im Zweifel, wie ein Wort geschrieben wird. Eine Vereinfachung wäre schon die Abschaffung der großen Anfangsbuchstaben, die eine Errungenschaft erst der neueren Zeit sind, und die Abschaffung aller überflüssigen Buchstaben. Dahin rechne ich die Dehnungszeichen, ferner das C und das V.

Präsident **v. Kröcher**: Bei der jetzigen Geschäftslage erscheint es mir völlig ausgeschlossen, daß wir den Etat rechtzeitig fertigstellen, wenn wir nicht Abendsitzungen halten. (Beifall rechts.) Ich schlage Ihnen deshalb vor, daß wir uns jetzt vertagen und die Sitzung um 7½ Uhr wieder aufnehmen.

Abg. **Wetekamp** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mich gegen diese Vorschlag aussprechen. In den letzten Jahren war es jedesmal der Kultusetat, bei dem Abendsitzungen abgehalten wurden. Das muß im Lande den Eindruck erwecken, als ob dieser Etat als minderwerthig angesehen werde. (Widerspruch.) Der Stoff im Kultusetat ist viel größer als die der übrigen Etats; wir verwenden darauf verhältnißmäßig nicht mehr Zeit als auf die übrigen. Es wäre richtiger, Abendsitzungen beim Eisenbahnetat abzuhalten, wenn lediglich lokale Wünsche nach Sekundärbahnen usw. zur Sprache gebracht werden.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Solche Debatten, wie wir sie heute gehabt, eignen sich sehr wohl zu Abendsitzungen. (Sehr richtig! rechts.) Ich stimme dem Vorschlage des Herrn Präsidenten zu.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz und Neukirch** (frk.): Wenn wir nicht Abendsitzungen sowohl bei diesen wie beim Eisenbahnetat abhalten, werden wir unsere verfassungsmäßige Pflicht, den Etat fertigzustellen, nicht erfüllen können.

Da Abg. **Wetekamp** seinen Widerspruch aufrecht erhält, wird über den Vorschlag des Präsidenten abgestimmt.

Die Abstimmung ergiebt gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnigen und Polen die **Annahme** des Vorschlages.

Das Haus **vertagt** somit die **Weiterberathung** des **Kultusetats** auf abends 7½ Uhr.

Schluß 3¾ Uhr.

Ausland.

Die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland.

Auf dem Umwege über Athen und London kommt eine Meldung aus Petersburg, die die Verwirklichung der griechischen Prinzenkandidatur für Kreta als gesichert bezeichnet. Der „Times“ wird nämlich aus Athen gemeldet:

Eine petersburger Drahtung versichert, die Wahl des Prinzen Georg zum Gouverneur von Kreta sei nunmehr gewiß, da die Zustimmung aller Mächte gesichert sei. Der Kaiser von Oesterreich und der König von Italien hätten in Handschreiben den Zaren von ihrer Zustimmung verständigt. Ferner verlaute, auf der Bedingung, daß der Prinz auf seine Thronfolgerechte verzichte, werde nicht bestanden werden.

In der **italienischen Deputirtenkammer** gab am Montag auf eine Anfrage des Abg. Diligenti über die Haltung der italienischen Regierung in Bezug auf die Kandidatur des Prinzen Georg der Unterstaatssekretär des Aeußeren folgende Erklärung ab:

Bei der Wahl der Person, die mit der Durchführung des Programms der Mächte auf Kreta zu betrauen war, haben sich Schwierigkeiten erhoben, infolge deren die Verhandlungen verlängert werden mußten, um zu einer Uebereinstimmung zu gelangen. Während dieser Unterhandlungen hat Rußland den Prinzen Georg vorgeschlagen. Auf eine offiziöse Anfrage, welche Aufnahme dieser Kandidatur bereitet würde, hat Italien ohne Zögern geantwortet, daß es im Interesse der Beruhigung der Insel geneigt sei, die Kandidatur günstig aufzunehmen, und gleichzeitig den Wunsch ausgedrückt, daß vor allem über die Kandidatur die Uebereinstimmung sämmtlicher Großmächte festgestellt werden möge, da die italienische Politik bei den schwierigen Orientfragen stets unverändert die Uebereinstimmung der Großmächte als die sichere Bürgschaft des Friedens Europas zu wahren wünschte. Infolge einiger von uns unabhängiger Schwierigkeiten konnte diese Uebereinstimmung über die Kandidatur des Prinzen Georg noch nicht zustande kommen. Es ist noch keine andere Kandidatur an ihre Stelle getreten. Die Mächte beharren, stets von dem gleichen Geiste der Versöhnlichkeit beseelt, bei dem Ziele, das sie sich gesetzt haben. Da die Unterhandlungen noch schweben, müssen wir uns große Zurückhaltung auferlegen; doch dauern die Verhandlungen fort mit dem Ziele, auf Kreta ein Regime einzusetzen, das den Wünschen der Bevölkerung und den Absichten der Großmächte entspricht und zugleich der Insel die Wohlthat dauernder Ruhe sichert.

Oesterreich-Ungarn.

Der sozialistische Abg. **Cingr** hatte gegen den Wachtmann **Glas** Strafantrag gestellt, weil Glas den Abg. Cingr, als dieser auf Anordnung des Präsidenten **Abrahamowitsch** in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses gewaltsam aus dem Sitzungssaal entfernt wurde, die Treppe hinabgeschleift und mißhandelt habe. Der Wachtmann wurde gestern vom Bezirksgericht zu Wien zu 14tägigem Arrest **verurtheilt**.

Dänemark.

In Bezug auf eine auswärts verbreitete Mittheilung, die dänische Regierung beabsichtige, Deutschland, England, Frankreich, Rußland und Schweden-Norwegen zu einer internationalen **Fischereikonferenz** einzuladen, erfährt „Ritzau's Bureau,“ daß die Regierung einen solchen Plan nicht hege.

Frankreich.

Die **Deputirtenkammer** genehmigte am Montag die am 15. Juni v. J. in Washington unterzeichnete, vom Weltpostverein vereinbarte Konvention und setzte sodann die Berathung des Einnahme-Budgets fort. Schließlich nahm die Kammer das Budget im Ganzen an.

Die Franzosen wollen wieder einmal einem **deutschen Spion** auf die Spur gekommen sein: In dem Pariser Vororte Asnières wurde ein 60jähriger Mann Namens Friedrich **Haan** verhaftet. Haan hatte, als er dort Wohnung nahm, angegeben, er sei Züricher Staatsbürger; jetzt soll er aber zugestanden haben, daß er deutscher Major(!) sei. Haan's Papiere wurden beschlagnahmt. Er wird verdächtigt, weil er häufig in der Nähe von Pariser Befestigungen, insbesondere von Mont Valerien, Aubervillers und Troudenser gesehen worden ist. Der Name Friedrich Haan soll nur ein angenommener sein.

Italien.

Montag vormittag besuchten in **Rom** die **deutschen Studenten** die Universität, empfangen von lebhaften Beifallskundgebungen seitens des Rektors, der Professoren und mehr als 1500 Studenten. Der Rektor hieß die Deutschen im großen Hörsaal willkommen. Professor **Stimming** dankte im Namen der Gäste und begrüßte die italienischen Kommilitonen als Verbündete in Wissenschaft und Politik. Nach weiteren Ansprachen eines Studenten und des Professors **Pierantoni** verabschiedeten sich die deutschen Studenten, um der Rückkehr des Königs von der Revue und von der anläßlich des Geburtstages des Königs vollzogenen Enthüllung des Denkmals für den Oberstlieutenant Galliano beizuwohnen.

Nach der „Italie“ wurde Sonnabend in Paris ein **Zusatzartikel zum lateinischen Münzvertrage** unterzeichnet, der zu Gunsten **Italiens** bestimmt, daß dieses nach Kündigung der Konvention nicht verpflichtet ist, seine silberne Scheidemünze von den übrigen Theilnehmern des Bundes zurückzunehmen.

Halle und Umgegend.

Halle, 15. März.

— [**In gestriger Stadtverordneten-Sitzung**] theilte der Vorsitzende mit, daß der Magistrat seinen Antrag betreffs der bekannten Lebensmitteluntersuchungen zurückgezogen hat. Weiter ist ein Dankschreiben der Oberlehrer der höheren Mädchenschule für Erhöhung ihrer Gehälter eingegangen. Die Halleschen Radfahrervereine geben bekannt, daß am 20. d. eine Festlichkeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980315017/fragment/page=0002
DFG

stattfindet; sie laden dazu ein. — Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß infolge Weggangs des Stadtraths Weller als Bürgermeister nach Brandenburg es nöthig erscheint, Vorkehrungen zu einer Neuwahl in die Wege zu leiten. Der Magistrat beabsichtigt dabei, auch in der Gehaltsfrage Veränderungen eintreten zu lassen. Zur Vorberathung der Personalfrage wird eine Kommission gewählt. — Der Antrag, zur Anbringung von Alarmapparaten an verschiedenen städtischen Kassen noch 750 M. zu bewilligen, wird an die maschinentechnische Kommission zur Vorberathung überwiesen. — Zur Unterhaltung eines Erbbegräbnisses werden 400 M. angenommen und zur Herstellung eines Kanals in der zwischen der Gerberfaalenstraße und der Spitze neu anzulegenden Straße 650 M. — Bei der Festsetzung des Etats für 1898/99 werden die Kapitel I (Ueberschüsse), G. II (Grundeigenthum), III (Berechtigungen), IV (Gemeindeanstalten), V (Kapital- und Schuldenverwaltung), VI (Allgemeine Verwaltung), VII (Polizeiverwaltung), VIII (Staats- und Provinzialsteuern), IX (Kirchenverwaltung), X (Schulwesen), XI (Feuerlöschwesen) genehmigt. — Einem Nachtragsvertrag mit der Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin wird zugestimmt.

XVII. Landtag der Provinz Sachsen.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

II.

Merseburg, 14. März.

Nach einer geheimen Sitzung, in der die Wahl eines Landesraths berathen wurde, begann die öffentliche Sitzung, der auch der Oberpräsident von Bötticher beiwohnte, mit der Berathung der Entwürfe des Haupthaushaltungsplanes und der Sonderhaushaltungspläne für die Rechnungsjahre 1898/1900.

Der Etat weist in Einnahme und Ausgabe folgende Ziffern auf:

Einnahmesoll 1898/1900					Ausgabesoll 1898/1900.			
A. Ordinarium		B. Extraordinarium			A. Ordinarium		B. Extraordinarium	
1,625,679	56	58,005	—	Allgemeine Verwaltung	473,935	—	37,800	—
50,596	—	—	—	Stammvermögen	9,919	05	—	—
6,202	87	—	—	Provinzial-Anstalten	1,305,532	98	149,405	—
—	—	—	—	Landarmenwesen	355,700	—	—	—
1,862,210	—	—	—	Verkehrswesen	2,684,302	—	—	—
—	—	—	—	Landes-Meliorationen	86,370	—	—	—
—	—	—	—	Kunst und Wissenschaft	23,700	—	—	—
—	—	—	—	Staats- und Kreiszwecke	204,255	—	—	—
—	—	—	—	Unterbringung verwahrloster Kinder	87,500	—	—	—
—	—	—	—	Wohlthätigkeitszwecke	8,962	48	12,500	—
—	—	—	—	Unterstützung der Landwirthschaft	56,982	—	5,000	—
2,185,000	—	—	—	Steuer-Verwaltung	900	—	—	—
11,500	—	146,700	—	Schulden-Verwaltung	437,200	—	—	—
2,900	—	—	—	Kapitalien-Verwaltung	—	—	—	—
—	—	—	—	Versicherungsbetrag	5,000	—	—	—
6,706	57	—	—	Insgemein	536	49	—	—
5,750,795	—	204,705	—		5,750,795	—	204,705	—
5,955,500 M.					5,955,500 M.			

Der Etat sieht eine Erhöhung der Provinzialabgaben von 2,014,000 M. auf 2,185,000 M., also um 171,000 M. vor. Der Grund der fortgesetzten Steigerung der Ausgaben ist, so wird im Haushaltungsplane zur Begründung ausgeführt, wie in den früheren Jahren, „in erster Linie wieder in der Zunahme der Anforderungen der Anstalten und Landarmenverwaltung sowie in dem Mehrbedarf der Schuldenverwaltung zu suchen. (Mehr: 208,121 — 28,200 + 36500 = 272,821 M.). Dann aber ist die Erhöhung der Besoldung ganzer Klassen von Beamten in Betracht zu ziehen, welche allein beim Kapitel I, Titel 5, Nr. 29 der Ausgabe zu der Einstellung einer Pauschsumme von 39,650 M. geführt hat. Sie stellt den Betrag dar, welcher allein für die Provinzial-Verwaltung im engeren Sinne, also abgesehen von denjenigen Verwaltungszweigen gebraucht wird, welche, wie die landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft, die Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, die Landwaisenanstalt Langendorf und die Chaussee- und Straßenverwaltung mit ihren eigenen Mitteln bezw. mit bestimmt begrenzten Zuschüssen wirthschaften müssen. Der Mehrbedarf an Wittwen- und Waisengeldbeträgen, welcher aus der Erhöhung der Besoldungen folgen wird, ist in vorstehender Pauschsumme mit einbegriffen."

War die Bilanz des Ordinariums in Einnahme und Ausgabe nur durch Erhöhung des Soll-Aufkommens an Provinzialabgaben um 171,000 M. zu erzielen, so bedurfte es bei dem Extraordinarium zu Deckung der dort vorgesehenen Neubauten wiederum einer Anleihe bezw. der Entnahme eines Darlehns aus den Kapitalbeständen der Provinz (Provinzialfonds II). Die Höhe des Darlehns bemißt sich auf 293,400 M.

In der Berathung empfahl Abg. Oberbürgermeister Kraatz-Naumburg der Budgetkommission, den Haushaltsplan eingehend zu prüfen und bei allen Ausgaben, die vielleicht wünschenswerth und nützlich seien, zu untersuchen, ob sie auch nothwendig sind.

Abg. Landrath v. Werder-Halle begrüßt es dankbar, daß der Haushaltsplan in der äußeren Form diesmal übersichtlicher gestaltet worden sei und daß auch der Etat für die Chausseeverwaltung Einstellung gefunden habe. Er erläuterte dann, wie die Provinzialabgaben von 411,000 M. = 2,7 Proz. der Staatssteuer (1877/78) allmälig auf 2,014,000 M. = 8,5 Proz. der Staatssteuer gestiegen seien; jetzt verlange man 2,185,000 M. (9,22 Proz.) Er bemängelt die bisherige Art der Steuerfestsetzung und machte den Vorschlag, die Provinzialabgaben künftig nach dem Staatssteuersatze, etwa mit 10 Proz., festzustellen; dadurch würden wesentliche Vereinfachungen und Erleichterungen herbeigeführt werden können. Gleichzeitig warnte er vor der fortgesetzten Vermehrung der Schulden, woran freilich weniger der Provinzialausschuß, als der Landtag selbst die Schuld zu tragen scheine, der einer Erhöhung der Abgaben stets wenig zugänglich gewesen wäre. Er empfehle es der Budgetkommission auf's allerdringendste, einmal zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig sei, durch eine Erhöhung der Abgaben auf 10 Proz. mehr Steuern zu erheben, als für den Bedarf der laufenden Ausgaben nothwendig seien und die Ueberschüsse in einem Baufonds aufzusammeln und aus ihm, und nicht mehr wie bisher durch Anleihen, die außerordentlichen Ausgaben zu decken. Wenn man, wie bisher, fortfahre, die Schuldenlast mit ihren immer wachsenden Verzinsungssummen zu vermehren, so werde man einmal zu einer ganz außerordentlichen Erhöhung der Provinzialabgaben gezwungen werden. Um das zu verhindern, sei es dringend nothwendig, bei Zeiten einzuschreiten und dem jetzigen System, bei möglichst geringen Provinzialabgaben fortgesetzt Schulden zu machen, ein Ende zu bereiten.

Abg. Landrath Frhr. v. Bodenhausen-Lebusa bittet, bei aller nothwendigen Sparsamkeit doch die Arbeiterkolonie Seyda ausreichend zu bedenken.

Abg. Staatsminister Dr. Lucius von Ballhausen tritt den Vorschlägen des Abg. v. Werder entgegen; er sei nicht der Meinung, daß man höhere Steuern festsetzen solle, um Ueberschüsse zu sammeln. Die finanzielle Lage der Provinz sei nicht schlechter wie die anderer Provinzen. Allerdings werde man der Sparsamkeitstheorie praktische Folge geben müssen. Der letzte Landtag habe diese Sparsamkeit geübt; trotzdem man damals eine Steuererhöhung abgelehnt habe, seien diesmal Ueberschüsse zu verzeichnen, die, wie schon Herr v. Werder richtig bemerkt, dadurch entstanden seien, daß die thatsächlichen Ausgaben niedriger waren wie die Voranschläge. Er sei der Meinung, man müsse den Versuch unternehmen, auch den diesjährigen Etat ohne Steuererhöhung zu balanciren; dazu sei es nöthig, mit der größten Sparsamkeit zu Werke zu gehen. Er wendet sich darauf einigen Einzelheiten des Etats zu, widerspricht der Gründung einer neuen Anstalt in Salza, wendet sich gegen den Bau einer Kirche für die Anstalt Uchtspringe und spricht sich noch für weitere Abstriche aus.

Abg. Landrath v. Wartensleben-Genthin stimmt dem Vorredner insofern bei, daß Ersparnisse gemacht werden müßten. Im übrigen aber müsse er sich vollständig zu den Vorschlägen des Landraths v. Werder bekennen. Durch Ersparnisse bei den Ausgaben allein sei nichts geschehen. Thatsache sei, daß früher zu wenig Steuern erhoben worden seien, und daß darauf das Anwachsen der Schulden zurückzuführen ist. Ohne dieses stände die Provinz finanziell viel günstiger da. Er glaubt, daß man jetzt auf dem Standpunkt angelangt sei, wo man mit dem bisherigen Prinzip brechen und die Anregung, die Abg. v. Werder gegeben, befolgen müsse. Die Etatskommission möge diese Frage gründlich prüfen.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Geh. Kommerzienrath Lucius-Erfurt, ergreift

der Landeshauptmann, Graf v. Wintzingerode das Wort. Er dankt dem Abg. v. Werder für seine Anregungen und für die Art, in der er den Etat in die richtige Beleuchtung gerückt habe. Auch er würde es für einen außerordentlichen Vortheil halten, wenn die Provinzial-Abgaben im Verhältniß zur Staatssteuer bemessen würden. In der Provinz Brandenburg, auf die Herr v. Werder hingewiesen habe, geschehe die Bemessung der Abgaben in der Weise, daß die Höhe der Ausgaben festgestellt, nach oben abgerundet und danach der zu erhebende Prozentsatz von der Staatssteuer bestimmt werde. Die hierbei sich ergebenden Ueberschüsse würden zur Deckung des Extraordinariums verwendet. Diesem System verdanke es die Provinz Brandenburg, daß sie so günstig dastehe. Auch er, Redner, empfinde das Drückende der Schuldenlast; aber für diese sei der Landtag verantwortlich zu machen, der stets weniger gegen die Erhöhung der Schulden, als gegen eine Erhöhung der Provinzialabgaben war.

Abg. Oberbürgermeister Schneider-Magdeburg erklärt, der Grundgedanke, den Abg. v. Werder entwickelt habe, sei der richtige, der zu einer Gesundung der Finanzen unserer Provinz führe, er bittet die Etatskommission, sich eingehend damit zu beschäftigen.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Landrath von der Schulenburg-Beetzendorf-Salzwedel, Rittergutsbesitzer Tellemann-Schölen und Oberbürgermeister Dr. Brecht-Quedlinburg werden die Haushaltspläne der Etatskommission überwiesen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Berathung über die Abänderung der Besoldungsgrundsätze nimmt der Landeshauptmann, Graf Wintzingerode das Wort. Die Vorlage hinge zusammen mit zwei anderen: über Abänderung der bei Dienstreisen zu gewährenden Reisekosten und Tagegelder und über die Wittwen- und Waisenversorgung. In allen drei Punkten müsse die Provinz dem Vorgehen des Staats folgen, um nicht zurück zu bleiben in der Fürsorge für die Beamten. Rücksicht müsse man auch darauf nehmen, daß die Gehaltsaufbesserungen nicht ohne Einfluß auf die Güte des Beamtenmaterials seien. Die Abänderungsvorschläge bei den Gehältern erstrecken sich auf das Minimal- und Maximalgehalt, sowie auf die Steigerungssätze bei den Altersstufen, die die Provinz ja schon lange vor dem Staate eingeführt habe.

Abg. Landrath v. Werder beantragt, die Vorlage an die Etatskommission zu verweisen. Auch er ist der Ansicht, daß die Provinz dem Beispiele des Staats in der Frage der Beamtengehälter folgen müsse, aber auch hierbei dürfe nur das Nothwendige bewilligt werden. Insbesondere erscheint ihm eine Erhöhung der Gehälter der Wärter an den Anstalten nöthig.

Nach weiteren Bemerkungen des Landeshauptmanns, wie der Abgg. Werner und Winkler wird die Vorlage der Etatskommission überwiesen.

Debattelos werden alsdann drei Nachträge zu den Ausgabeetats der Provinzial-Städte-Feuer-Societät der Provinz Sachsen, der Land-Feuer-Societät des Herzogthums Sachsen und der Provinzialständischen Feuer-Societätskasse der Feuer-Societäts-Kommission zuertheilt. Ebenfalls debattelos wird die Vorlage über die Abänderung des Reglements über die bei Dienstreisen zu gewährenden Reisekosten und Tagegelder der Etatskommission überwiesen.

Die Vorlage über die Etatsüberschreitungen der Provinzial-Hauptverwaltung in den Rechnungsjahren 1895/96 und 1896/97 wird auf Antrag des Abg. Freiherrn Lucius v. Ballhausen im Plenum zur zweiten Berathung gestellt werden.

Als nächster Punkt steht der den Lesern der „Saale-Ztg" bereits bekannte Antrag betr. anderweitige Unterbringung von Geisteskranken auf der Tagesordnung. Der Provinzial-Ausschuß beantragt:

Provinzial-Landtag wolle beschließen:

A.

1. zu genehmigen, daß am 1. April 1898 108 geeignete unheilbare geisteskranke Männer aus den Provinzial-Irrenanstalten Nietleben und Altscherbitz zu einem Verpflegungssatze von 550 M. für den Kopf und das Jahr der Privat-Heil- und Pflegeanstalt Berolinum zu Lankwitz bei Berlin überwiesen werden, und

2. die zur Deckung der Mehrausgaben, welche aus der Unterbringung im Berolinum gegenüber den Kosten der Verpflegung der 108 Kranken in Nietleben und Altscherbitz erwachsen, bereits vorgesehene Einstellung von 26,500 M. in den Entwurf des Haupthaushaltsplans für 1898/1900 (Kapitel III Titel 3 Nr. 4 der Ausgabe) zu genehmigen.

B.

den Provinzialausschuß zu ermächtigen:

1. insgesammt — einschließlich der zur Zeit bereits in Privatanstalten befindlichen und der zu A, 1 genannten Kranken — bis zu 500 geeignete unheilbare Geisteskranke aus den Provinzial-Irrenanstalten Nietleben und Altscherbitz in Privatanstalten unterzubringen, und für sie,

2. soweit es sich nicht um die Kranken zu A, 1 und um diejenigen Kranken handelt, die den Privatanstalten zu Gardelegen und Uebenburg a. H. auf Grund der in den Jahren 1883 und 1884 geschlossenen Verträge bereits zu einem billigeren Satze überwiesen worden sind oder noch überwiesen werden, einen Verpflegungssatz bis zum Höchstbetrage von 600 M. für den Kopf und das Jahr zu gewähren.

Zur Begründung des Antrages wird ausgeführt, daß die Provinzial-Irrenanstalten Nietleben und Altscherbitz sich der Grenze ihrer Belegfähigkeit nähern und eine Entlastung nothwendig sei. Eine solche Entlastung ist nur möglich durch Errichtung einer dritten Provinzial-Irrenanstalt, oder durch Unterbringung der unheilbaren Kranken in Privatanstalten. Der Provinzial-Ausschuß schlägt das letztere vor, weil die Beschreitung des ersteren Weges mit außerordentlichen Kosten verknüpft sein würde.

Abg. Werner wendet sich dagegen, daß die Kranken außerhalb der Provinz untergebracht werden sollen und damit das Geld für ihre Unterhaltung aus der Provinz hinausgetragen werde. Er bittet, eine Anstaltskommission zu wählen und ihr die Vorlage zu überweisen.

Abg. Stadtrath Voigtel-Magdeburg schließt sich diesem Wunsche an und führt aus, daß man die Kranken nur deshalb außerhalb der Provinz unterbringen wolle, weil es in der Provinz sich nicht ermöglichen lasse.

Die Vorlage wird darauf der Anstaltskommission überwiesen, die sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt: Oberbürgermeister Schneider-Magdeburg, Landrath von Bredow-Mückenberg, Gutsbesitzer Biermann-Neumühlen, Geh. Reg.-Rath v. Gerlach-Vollenschlier, Bürgermeister v. Holly-Halle, Landrath v. Plesche-Bura, Amtsrath Weydemann-Haus-Reindorf, Bürgermeister Preiß-Salzwedel, Oberbürgermeister Werner-Stendal, Bürgermeister Wiebeck-Langensalza, Bürgermeister Arnold-Zeitz, Oberbürgermeister Böttcher-Halberstadt, Stadtrath Voigtel-Magdeburg, Bürgermeister Winter-Gemünden, Landrath von Wedel-Eisleben.

Die Vorlagen: über die Einrichtung einer Bäckerei für die Irrenanstalt Altscherbitz, über die Errichtung eines Anbaues behufs anderweiter Unterbringung des bakteriologischen Laboratoriums der Irrenanstalt Nietleben, über Abänderung des Blindenanstalts-Reglements werden debattelos der Anstaltskommission, die Vorlage über die Abänderung des Reglements der Wittwen- und Waisenversorgungsanstalt debattelos der Etatskommission überwiesen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die Berathung der Vorlage über die Einführung der Lungenseuche-Zwangsimpfung.

Abg. Rittergutsbesitzer Frhr. v. Erffa-Werneburg führt aus, daß nach Aufhebung der vom Bundesrath angeordneten Sperrmaßregeln der vom XV. Landtag gefaßte Beschluß auf Einführung der Schutzimpfung, der seiner Zeit wegen der eingeführten Sperre zurückgestellt worden war, nunmehr zur Ausführung kommen könne. Der Landtag möge daher, gemäß dem Antrage des Provinzial-Ausschusses, beschließen:

1. die Lungenseuchezwangsimpfung in der Provinz Sachsen nunmehr einzuführen;

2. das Reglement betr. die Entschädigung für infolge der Lungenseuche-Schutzimpfung eingegangene Thiere vom 1. Febr./27. März 1895 zu veröffentlichen;

3. den Provinzial-Ausschuß mit der Ausführung dieser Beschlüsse zu 1 und 2 zu betrauen;

4. den Provinzial-Ausschuß zu beauftragen, die Abänderung der §§ 2 bezw. 45 des Preußischen Gesetzes vom 18. Juni 1894 bezw. des Reichsviehseuchengesetzes weiter im Auge zu behalten und bei der Staatsregierung dahin vorstellig zu werden.

Nach einigen Ausführungen des Abg. Major a. D. v. Busse-Zschortau wird der Antrag angenommen und die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Provinzialnachrichten.

A. **Kelbra**, 13. März. [Der Kyffhäuser] rüstet sich bereits zum Empfang der zahlreichen Gäste, die sicherlich auch in diesem Jahre wieder das gewaltige Denkmal besuchen wollen. Zwar ist auch im Winter der Besuch des Kyffhäusers lohnend, aber im vergangenen Winter wurde der Besuch durch den Uebelstand gehemmt, daß die Wagen nur bis zur Kohlstätte fahren durften und dort keine Unterkunft für die Pferde war. Nach dieser Hinsicht wird künftig Abhilfe geschaffen werden. Der Wagenplatz wird auch in Zukunft an der Kohlstätte bleiben; es geschieht dies im Interesse des Publikums, um den Aufenthalt an der so idyllisch gelegenen Kyffhäuser-Wirthschaft zu einem angenehmen zu machen, und das Publikum vor den Belästigungen zu schützen, die mit einem Wagenplatze, an dem oft Hunderte von Wagen halten, unvermeidlich verbunden sind. Dagegen soll an der Kohlstätte ein geräumiger Pferdestall gebaut werden, in dem diejenigen, die ihre Pferde nicht den Unbilden der Witterung aussetzen wollen, sie einstellen können. Für die Wintersgzeit, d. h. für die Zeit vom 1. November bis 1. Mai jeden Jahres indem wird künftig die Auffahrt bis zur Wirthschaft und die Benutzung des dortigen Pferdestalles umgehindert sein. Schon für dieses Jahr ist exceptionelle Weise das Verbot der Wegesperrung von der Kohlstätte bis zur Wirthschaft aufgehoben.

x. **Magdeburg**, 14. März. [Mord und Selbstmord.] Zu der Nachtweidenstraße der Neuen Neustadt lauerte heute früh 7½ Uhr ein seit drei Monaten verheiratheter junger Schneider, Namens Strauß, seiner Ehefrau, die sich von ihm getrennt hatte, auf der Straße auf und schoß sie nieder, danach richtete er den Revolver gegen sich. Die Frau starb auf der Stelle, während der Mann allerdings schwer verletzt im Siechenkorbe dem Krankenhause zugeführt werden konnte. Der Mörder hatte auch versucht, seine Schwiegermutter zu tödten, was ihm jedoch nicht gelang. Strauß ist erst 22 Jahre alt; er hat lediglich geheirathet, um von den Arbeitsgroschen seiner fleißigen jungen Frau Unterhalt zu schaffen.

= **Zeitz**, 14. März. [Die Dachdecker] haben auf ihr Ansuchen hin eine Aufbesserung ihrer Löhne zugestanden erhalten. Der Stundenlohn erhöht sich vom 1. April von 31 auf 35 Pf.

m. **Weimar**, 15. März. [Geh. Rath Dr. theol. Hesse,] der sich als Generalsuperintendent des Großherzogthums Verdienste erworben, begeht heute seinen 80. Geburtstag. Zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum war er durch das Ehren-Prädikat „Excellenz" ausgezeichnet worden. Kurz darauf trat er in den erbetenen Ruhestand.

u. **Neustadt** (O.), 12 März. [Schadenfeuer.] Gestern abend vor 11 Uhr, als der größere Theil der Feuerwehrleute zum Stiftungstag in dem entlegenen Schützenhaus weilte, entstand in einer Scheune der Arnshaugker Straße Feuer. Da die Scheune dicht mit Holzvorräthen und mit Holzspielsachen, namentlich Pferden und Stühlchen aus der Karussellfabrik von Adolf Schneider gefüllt war, so fand das verheerende Element reiche Nahrung und es entwickelte sich eine bedeutende Glut, sodaß die Feuerwehr Mühe hatte, die gegenüberliegenden Scheunen zu decken. Dank der Tüchtigkeit der Hydranten gelang dies zwar, doch sind immerhin 2 Scheunen mit werthvollem Inhalt niedergebrannt.

Y. **Eisenberg**, 13. März. [Sozialdemokratische Wahlerfolge.] An der Wahl von vier Bürgervorstandsmitgliedern, die heute nachmittag von 3—5 Uhr stattfand, betheiligten sich 216 Bürger. Gewählt wurden die Herren Zimmermeister Fedor Scheibe mit 146, Hofschlosser Guido Heinze mit 106, prakt. Arzt Paul Heise mit 105 und der sozialdemokratische Kandidat Schuhmacher Franz Kretschmar mit 92 Stimmen. Es ist das erstmal, daß ein Sozialdemokrat in die hiesige Stadtvertretung gewählt ist. Auch die übrigen drei Kandidaten der Partei haben eine so hohe Stimmenzahl (76, 68, 56) erhalten, daß sie wenigstens zu Stadtverordneten-Stellvertretern gewählt worden sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980315017/fragment/page=0003

Vermischtes.

Feuer im Neubau des Abgeordnetenhauses. Ein Theil des Baugerüstes im Sitzungssaale des Neubaues für das Abgeordnetenhaus in der Prinz Albrechtstraße ist aus noch unermittelter Ursache abgebrannt. Voraussichtlich wird der unangenehme Zwischenfall eine erhebliche Störung in den Fortschritten, welche die Fertigstellung des Gebäudes bisher machte, zur Folge habtn.

Unglücksfälle und Verbrechen. Ein Student der Rechte aus Berlin, Fritz O., wurde gestern früh mit einer Schußwunde im Unterleib in das chirurgische Hospital zu München gebracht, wo er nach 2 Stunden verstarb. Es besteht, nach dem Polizeibericht, kein Zweifel, daß die Verwundung auf ein Duell zurückzuführen ist. — Durch ausströmendes Gas vergiftet wurden Montag morgen zwei Dienstmädchen zu Berlin in ihrem Schlafraum aufgefunden. Das eine Mädchen erholte sich unter den Händen des Arztes, so daß es in ein Krankenhaus gebracht werden konnte; das andere Mädchen ist nicht wieder zum Leben erwacht. — Aus Darmstadt meldet man folgenden Vorfall, der zweifellos großes Aufsehen erregen wird: Die zwölfjährige Thusnelde Henkel, Tochter des Handelsgärtners Henkel in Auerbach an der Bergstraße, welche vor Jahresfrist aus dem Elternhause verschwand, und trotz der Aussetzung einer namhaften Belohnung durch den Vater bisher unauffindbar geblieben, wurde Sonntag morgen im benachbarten Griesheim bei einer herumziehenden Zigeunerbande durch einen früheren Angestellten ihres Vaters entdeckt. Gendarmen nahmen den Zigeunern das Kind ab, das seine Identität mit der gesuchten Thusnelde Henkel ohne weiteres zugestand. — Wie eine Depesche aus Johannesburg meldet, ist der Mitinhaber der Firma Barnato Freres, Wolf Joel, gestern früh in seinem Komptoir erschossen worden. Der Mörder, ein früherer Soldat, wurde verhaftet.

Personalnachrichten. Der hervorragende Brückenbautechniker, Präsident Karl von Leibbrand in Stuttgart, der Vorstand der Ministerial-Abtheilung für Straßen- und Wasserbau, ist, 59 Jahre alt, gestorben. — In Hamm starb Frau Falk geb. Passow, die Gattin des Oberlandesgerichts-Präsidenten, früheren Staatsministers Falk.

Letzte Telegramme.

Rom, 14. März. Die Fünferkommission, welche mit der Prüfung der Crispi-Angelegenheit beauftragt war, hielt heute ihre letzte Sitzung ab. Der Bericht, welcher etwa 100 Seiten umfaßt, wird der Kammer am Montag vorgelegt werden.

Die hiesigen Studirenden holten heute die deutschen Studenten in ihrem Hotel ab und besuchten mit ihnen gemeinschaftlich die Museen, das Kapitol, den Palatin und andere Sehenswürdigkeiten. Darauf wurde der Ingenieurschule ein Besuch abgestattet, in deren Garten mit dem Blick auf die Thermen Trajans ein Festfrühstück gegeben wurde; hierbei spielte die Musik des 12. Infanterie-Regiments. Das Fest verlief außerordentlich belebt und herzlich. Von Studenten und Professoren wurden begeistert aufgenommene Ansprachen gehalten; es wurde die deutsche Hymne gespielt und mit jubelnden „Hoch!"-Rufen begrüßt. Nach dieser Feier begaben sich die 350 Theilnehmer Arm in Arm zu Fuß nach dem Hotel „Germania" zurück, auf dem ganzen Wege von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. — Morgen werden die deutschen Gäste in Begleitung der hiesigen Universitätsvereinigungen einen Ausflug nach Tivoli unternehmen.

London, 14. März. Der Sekretär Lord Salisburys berichtet, Salisbury habe nach dem Kabinetsrath vom Freitag einen Fieberrückfall gehabt. Jetzt habe das Fieber zwar nachgelassen, aber der Arzt habe vollständige Ruhe und einen Aufenthalt in Süd-Frankreich angeordnet. Der Erste Lord des Schatzes, Balfour, erledigt die laufenden Geschäfte des Auswärtigen Amtes.

Peking, 14. März. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Der Bericht, daß der englische Gesandte Macdonald der chinesischen Regierung einen scharfen Protest gegen die Abtretung Port Arthurs und Talienwans überreicht habe, erweist sich als unbegründet.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Verloosungen.

Petersburg, 14. März. Gewinnziehung der russischen Prämienanleihe von 1866: 200,000 Rubel Ser. 2260 Nr. 34. 75,000 Rubel Ser. 886 Nr. 6. 40,000 Rubel Ser. 18918 Nr. 40. 25,000 Rubel Ser. 7876 Nr. 21. Je 10,000 Rubel Ser. 6096 Nr. 33, Ser. 11851 Nr. 20, Ser. 8560 Nr. 27. Je 8000 Rubel Ser. 9648 Nr. 29, Ser. 12957 Nr. 32, Ser. 8373 Nr. 38, Ser. 12598 Nr. 1, Ser. 17433 Nr. 31. Je 5000 Rubel Ser. 370 Nr. 39, Ser. 13256 Nr. 13, Ser. 1253 Nr. 18, Ser. 7305 Nr. 10, Ser. 12005 Nr. 23, Ser. 15202 Nr. 43, Ser. 15354 Nr. 17, Ser. 4561 Nr. 1. Je 1000 Rubel Ser. 18901 Nr. 11, Ser. 19185 Nr. 50, Ser. 9738 Nr. 45, Ser. 15330 Nr. 48, Ser. 13619 Nr. 12, Ser. 14526 Nr. 47, Ser. 4261 Nr. 4, Ser. 14337 Nr. 23, Ser. 16044 Nr. 12, Ser. 542 Nr. 31, Ser. 13714 Nr. 35, Ser. 3033 Nr. 10, Ser. 15355 Nr. 49, Ser. 5663 Nr. 32, Ser. 18139 Nr. 47, Ser. 3746 Nr. 42, Ser. 9229 Nr. 7, Ser. 15388 Nr. 5, Ser. 11858 Nr. 23, Ser. 5291 Nr. 11.

Schlachtviehmakt im städtischen Viehhofe zu Halle.

Am 14. März 1898.

Zum Verkaufe standen	Preise f. 50 Kg. a. Lebend-, b. Schlachtgewicht. I. Qual. a.	I. Qual. b.	II. Qual. a.	II. Qual. b.	III. Qual. a.	III. Qual. b.	verkauft	unverkauft
43 Rinder,							43	—
davon: 5 Ochsen,	34	—	32	—	30	—	5	—
2 Färsen,	—	—	—	—	—	—	2	—
28 Kühe,	28	—	26	—	24	—	28	—
8 Bullen,	30	—	28	—	—	—	8	—
25 Kälber,	42	—	36	—	34	—	25	—
61 Hammel (Schafe)	25	—	23	—	—	—	61	—
90 Landschweine,	—	63	—	61	—	59	60	30

Geschäftsgang: mittelmässig.

Getreide.

New York, 14. März. [Telegr.] Rother Winterweizen 106⅛, Weizen März 104⅛, April —, Mai 99⅛, Juli 89¼, Mais März —, Mai 35, Juli 36. Mehl 4,00. — Getreidefracht 3¼.

Chicago, 14. März. [Telegr.] Weizen März 101¾, Mai 104, Mais März 29.

* Hamburg, 14. März. Weizen loco behauptet, holsteinischer loco 185—196, Roggen loco behauptet, mecklenburgischer loco 140 - 148, russischer loco ruhig, 112. Hafer behauptet, Gerste fest.

* Wien, 14. März. Weizen per Frühjahr 11,87 Gd., 11,88 Br., Roggen per Frühjahr 8,75 Gd., 8,76 Br. Hafer per Frühjahr 6,81 Gd., 6,83 Br..

* Pest, 14. März. Weizen loco unveränd., per Dez. — Gd., — Br., per Frühjahr 11,97 Gd., 11,99 Br. Roggen per Frühjahr 8,46 Gd. 8,48 Br. Hafer per Frühjahr 6,42 Gd., 6,44 Br.

* Amsterdam, 14. März. Weizen auf Termine niedriger, do. per März 234, per Mai —. Roggen loco unveränd., do. auf Termine wenig veränd., do. per März 135, per Mai 129, per Juli —, per Okt. 122.

* Antwerpen, 14. März. Weizen ruhig, Roggen behauptet, Hafer fest, Gerste behauptet.

* London, 14. März. (Schlussbericht.) Markt ruhig, englischer und fremder ¼—½ niedriger als vorige Woche, Mehl träge, Gerste fest, Hafer ruhig.

Zucker.

* Paris, 14. März. (Schluss.) Rohzucker matt, 88% loco 29½—29, Weisser Zucker matt, Nr. 3, per 100 kg, per März 31⅝, per April 31⅞, per Mai-Aug. 32¼, per Okt.Jan. 30¼.

* London, 14. März. 96% Javazucker 11¼ stetig, Rüben-Rohzucker loco 9$^{3}/_{16}$ träge.

Spiritus.

* Nordhausen, 14. März. (Privatnotirung.) Branntwein 45 Voll. % für 100 kg. ohne Fass ab Brennerei 63,00—65,00 M., desgl. 40 Voll. % 57,00—59,00 M.

* Hamburg, 14. März. Spiritus fest, per März 21⅜ G., per März-April 21¼ G., per April-Mai 21 G., per Mai-Juni 20¾ G.

* Stettin, 14. März. Spiritus loco 70 M. Konsumsteuer 41,50 bez.

* Breslau, 14. März. Spiritus per 100 l 100 % excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per März 61,20 Gd., do. 70 M. Verbrauchsabgabe per März 41,50 G.

* Paris, 14. März. (Schlussbericht.) Spiritus fest, per März 45¼, per April 45, per Mai-Aug. 44½, per Sept.-Dez. 40¼.

Petroleum.

* Hamburg, 14. März. Petroleum schwach, Standard white loco 5,25 Br.

* Bremen, 14. März. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 5,40 Br.

* Antwerpen, 14. März. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 15⅝ bez. u. Br., per März 15⅝ Br., per April-Mai 15⅝ Br. Ruhig.

* New York, 14. März. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 5,80, do. in Philadelphia 5,75, do. Refined (in Cases) 6,45, do. Credit Balances at Oil City April 78,00.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 14. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 5,30, do. Rohe und Brothers 5,70.

* Antwerpen, 14. März. Schmalz per März 64.

* Amsterdam, 14. März. Rüböl loco 28, Mai 26, Herbst 23¾.

* Paris, 14. März. (Schlussbericht.) Rüböl ruhig, per März 52¾, per April 53, per Mai-Aug. 54, per Sept.-Dez. 54¼.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 13. März. Bewegungen der Dampfer des Norddeutschen Lloyd: „Willehad" 10. von Baltimore nach der Weser. „Ems" 10. von Neapel nach Genua. „Mark" 10. von Southampton nach Corunna. „Stuttgart", nach Australien, 10. in Antwerpen. „Fulda" 10. von Genua, Neapel und Gibraltar nach New York. „Preussen", v. Ostasien, 10. auf der Weser. „Trave" 10. auf der Weser.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null).

Saale und Unstrut.

Pegel	Tag	Stand	Tag	Stand	Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	13. März	+ 1,24	14. März	+ 1,06	18	—
Weissenfels, Oberpegel	»	+ 2,74	»	+ 2,68	6	—
do. Unterpegel	»	+ 1,40	»	+ 1,30	10	—
Trotha	14. »	—	15. »	—	—	—
Alsleben, Oberpegel	13. »	—	14. »	+ 2,69	—	—
do. Unterpegel	»	—	»	+ 2,83	—	—
Bernburg	»	+ 2,45	»	+ 2,30	15	—
Kalbe, Oberpegel	»	+ 2,02	»	+ 1,98	4	—
do. Unterpegel	»	+ 2,20	»	+ 2,18	2	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.

	März	Fall	Wuchs		März	Fall	Wuchs
Budweis	13. + 0,14	8	—	Torgau	14. + 2,40	14	—
Prag	» + 0,52	26	—	Wittenberg	» + 3,09	—	—
Jungbunzlau	» + 0,38	4	—	Rosslau	» + 2,67	—	3
Laun	» + 0,91	3	—	Barby	» + 3,18	—	6
Pardubitz	» + 0,90	19	—	Magdeburg	» + 2,65	—	8
Brandeis	» + 1,48	12	—	Tangermünde	» + 3,41	—	10
Melnick	» + 0,97	13	—	Wittenberge	» + 3,00	—	2
Leitmeritz	» + 0,85	11	—	Dömitz Peg.	13. + 2,53	4	—
Aussig	14. + 1,26	15	—	Lauenburg	14. + 2,61	4	—
Dresden	» + 0,01	13	—				

Aussig. Von den oberen Plätzen werden 0,73 m Fall gemeldet.

Schiffsverkehr und Frachten.

Aussig, 14. März. Heutige Fahrtiefe 70 Zoll österr. Mass.

Berliner Börse

vom 14. März.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 3, Lomb. 4. Amsterdam 3. Brüssel 3. Petersburg 5½. Wien 4. London 3. Paris 2.

Deutsche Fonds-u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	— —
Berliner Stadt-Obl.	3½	102,00G
do. do. 1892	3½	101,40G
Magdeburger St.-Anl.	3½	— —
do. do. neue	4	— —
Westpr. Prov.-Anl.	3½	100,75B
Bad. Staats-Eis.-Anl.	4	101,80bzG
Bayrische Anleihe	4	— —
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	109,90bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	138,00bz
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	134,00B
Meininger 7 fl.-Loose	—	21,90G
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	130,60bz

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl. 5%	—	78,75bzG
do. innere do. 4½%	—	67,75bzG
Barletta 100 Lire-Loose	—	26,60G
Bukar. Stadt-Anl. 1884	5	100,70bzG
do. do. 1888	5	100,70bzG
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	— —
Chinesische Anleihe	5	103,00bzG
do. do. 1896	5	99,40G
Egyptische priv. Anl.	3½	— —
do. do. do.	4	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	26,20bz
Griech. Anl. 1881–84	—	39,60bzG
do. kons. Goldrente	—	33,30bzG
do. Monopol-Anl.	—	41,80bzG
do. Gd.-Anl. v. 1890	5	36,50bzG
Mailänd. 10 Lire-Loose	—	14,30B
Mexikaner Anl. à 100	6	99,50B
do à 20	6	100,20bz
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	5	149,00bz
Rumän. 5% Anl. 81 fd.	5	101,60bz
Russ. Gold-R. 1884, 87	5	— —
do. Orient-Anl. II.	4	103,90G
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	104,10G
do. Boden-Kredit	5	122,00bz
do. do. gar.	4½	102,50bzG
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	284,50bz
do. do. 1866	5	— —
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	100,60bzB
do. do. 1890	3½	— —
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	— —
Türkische Anleihe D.	1	21,95bz
do. Administ.	5	96,80bz
do. 400 Frcs-Loose	—	114,10bzG
Ungarische Gold I.-A.	4½	101,40G
do. Kr.-R.	4	— —

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	12½	245,00bzG
Admiralsgarten-Bad	4	74,25G
Annaburger Steingut	14	180,50bzG
Archimedes	10	172,00bzG
Bauges. Berl.-Charlbg.	7,8	640,00G
do. B.-Wilmersd. T.-G	26	1005,0G
Braunschweiger Jute	15	186,80G
Berl.-Anh. Maschinen	12	216,50bzG
Berliner Bockbrauerei	10	186,50bzG
do. Brauerei Königst.	7½	134,00bzG
do. Union Gratweil	7	134,00bzG
Brsl. Eisenb. W., Linke	14	242,75G
Breslauer Oelwerke	5½	96,50bzG
Cement-Bau-Ges.	12	159,75B
Charlottb. Wasserwerk	9	334,00bz
Chem. Fabr. Schering	7½	190,25bzG
Chemn. Masch. Zimm.	9	177,75bzG
Dessauer Gas	11	216,00bz
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	80	605,00bzG
Dtsche Jutespinnerei	12	147,80G
Egestorff-Salzwerke	8¼	139,00bzB
Elberfeld. Farbenfabr.	18	345,90bz
Erdmannsdorf. Spinn	4	83,00bz
Freund Masch. konv.	16	291,40G
Harburg-Wien Gummi	29	396,00B
Harkort St.-Pr. konv.	5	153,00G
do. Brückenb. konv.	7	134,25G
do. do. St.-Pr.	8	155,00bzG
Hirschberger Masch.	8	133,00bzG
Keyling & Th. Eiseng	5	129,00bzG
Kurfürstendamm Ges.	—	848,00bzG
La Veloce, Ital. D.	7½	79,50B
Ludw. Löwe & Co.	24	459,00bzG
Mälzerei Wrede	7	108,60bzG
Magdeburger Baubank	1	73,10bzG
Magdeb. Pferdebahn	7	270,00bzB
Neuroder Kunstanstalt	7½	127,25G
Nordd. Eiswerke	4½	104,75bzG
Omnibus-Gesellschaft	10	207,25bz
Oppeln Portl.-Cem.	11	166,10G
Passage	4	84,25bzG
Pferdebahn, Breslauer	9½	303,50bz
Saline Salzungen	5	90,40bz
Sangerhäuser Masch.	22½	312,90G
Schäffer u. Walcker	0	81,50G
Schlesische Cement	14½	217,00bzB
Schwartzkopff	10½	265,00bzG
Siemens, Glas-Industr.	12½	224,90bzG
Stettiner Cham. Didier	17	426,00bzG

Sudenburg. Maschin.	5	137,25bzG
Thüringer Salinen	4	71,00G
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	16	230,40G
Vereinsbrauerei Artern	4½	100,25bzG
Westf. Draht-Industrie	10	141,25B
do. Union konv.	16	180,50bzG
do. 6% St.-Pr.	7	— —
Wittener Guss	10	179,00bzG
Wilhelmshütte	2½	64,00bzG
Zuckerfabr. Fraustadt	4½	99,70G

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1890	3½	100,00G
Ostpreuss. Südbahn	4	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	95,50B
Dortmund-Gronau E.	4	— —
Marienb.-Mlawkaw	5	120,75bz
Ostpreuss. Südbahn	5	— —

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	58,80G
do. Mittelmeerb. stfr.	4	98,80G
Lemberg-Czernowitz	4	100,70bzG
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	93,60G
do. Ergänzungsn.	3	94,40G
do. Gold-Pr.	4	104,40bzG
Oesterr. Lokalbahn	4	101,75bzG
do. Nordwestbahn	5	112,00B
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	79,50bzB
do. Obligationen	5	107,90bzG
Ung. Nordostb. Gold-O.	4½	101,60bzG
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	101,10bzB
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	104,80bz
Kosl.-Woronesch Obl.	4	— —
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	102,70bzG
Kursk-Kiew	4	102,30G
Mosco-Kiew-Woron	4	102,60bzG
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	102,50G
Mosco-Smolensk	5	100,10G
Orel-Griäsi 1889	4	— —
Rjäsan-Koslow	4	102,60G
Rjaschk-Morczansk	5	— —
Rybinsk-Bologoye	4	102,40bzG
Russ. Südwestbahn	4	103,80B
Transkaukasische	3	— —
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	103,00B
Wladikawskas Oblig.	4	103,75bzG
do. unkdb. b. 1906	4	102,50bz
Manitoba rz. 1933	4½	104,90bz
Northern-Pac. I. b. 1921	6	— —
do. Pref.	4	93,00bzG
do. Gen. Lien.	3	59,30bzG
S Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	114,25G
do. do. do.	5	100,00G
Central-Pacific	5	86,00bz
Anatolische	5	96,60bzG
Portug. Eisenb. O. 1886	3	60,60G
do. 1889	3½	— —
Serb. Eis.-Hyp.-Obl. A.	5	— —
do. Lit. B.	5	— —

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	5	114,00bz
Altenburg-Zeitz	12	— —
Buschtiehrader B.	13	— —
Halberst.-Blankenb.	3½	145,75bzG
Ital. Meridional-Eb.	6 3/6	133,75bz
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	82,20G
Ludwigshaf.-Bexbach	11	— —

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	— —
Böhmische Nordbahn	8½	— —
do. Westbahn	8	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	107,10G
Graz-Köflach	6½	— —
Kaschau-Oderberg	4	97,50B
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	100,70G
Lemberg-Czernowitz	6½	— —
Oesterr. Nordwestb.	5½	— —
do. B. Elbethalb.	5 7/6	— —
Südösterreich (Lomb.)	4/5	34,25bzG
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	9⅜	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien	19⅚	— —
Gotthardbahn	6,9	148,75B
Ital. Meridionaux	6⅗	— —
Lüttich-Limburg	0/95	45,50G
Luxemb. Pr. Hnr.	3⅗	112,75bz
Schweiz. Centralbahn	7	— —
do. Nordostbahn	6	101,40B
do. Unionbahn	3½	— —

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	100,70G
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	103,20G
do. V. rz. 100	3½	99,80bzG
do. VI. unkb. b. 1900	4	101,00G
do. VII. unkb. b. 1903	4	102,25bzG
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	100,20bzG
do. do. V.|VI.	4	103,20bzG
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr	4	101,00G
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	100,10bzG
do. unkdb. bis 1900.	4	100,75bz
do. alte Ser. 1-45	3½	98,00G
do. S. 46-105, uk. 1905	3½	99,75bz
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3¾	— —
do. do. II.	3½	100,50G
Meininger. Hyp.-Pfdb.	4	— —
do. ab 1. 1. 98. 3½%	4	98,00G
do. II unkdb. bis 1900	4	100,80bzG
do.	3½	99,80bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	135,60B
Nordd. Gr.-Cred.-Pfdb.	4	100,20G
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	101,40B
Ostpreussische	3½	100,40G
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	100,50bzG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	102,00bzG
Posensche	4	— —
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,50G
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	108,50G
do. XIII. rz. 100	4	101,00bzG
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	100,80bzG
do. do. 1900	3½	98,75bzG
do. do. 1906	3½	99,80bzG
Pr. Hp.-A.-B. VII-XII	4	100,20bzG
do. do. XV-XVIII.	4	101,00bzG
Pr. Hp.-V.-A.-G. 1905	4	102,00bzG
do. do. Cert.	3½	98,30G
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3½	99,75bzG
do. XVIII ukdb. 1908	3½	100,00bzG
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	3½	99,00bzG
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	100,20G
Sächsische	4	106,00G
do.	3½	100,60G
Rentenbr. Westpr. ritt. I. I. B.	3½	101,00G
Rentenbr. Pommersche	4	104,10G
Rentenbr. Posensche	4	— —
Rentenbr. Preussische	4	104,00G
Rentenbr. Sächsische	4	— —
Rentenbr. Schlesische	4	103,90B

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	2½	122,00bzG
Arenberger Bergwerk	50	753,00G
Baroper Walzwerk	0	69,25G
Berzelius	6	125,00G
Bismarckhütte	15	204,25bz
Bonifacius Bergwerk	5½	115,60bz
Concordia-Bergwerk	13	253,25bzG
Consolidat. Bergw.-G.	15	261,00bz
Consol. Marie	8	112,00bzG
Duxer Kohlen kon.	10	156,50G
Eschweiler Bergwerk	14	207,25bzG
Gelsenkirch. Gussstahl	8	170,00bz
Georg-Marien-St.-A.	8	124,25G
do. St.-Pr.	8	— —

Harzer Eisenw. konv.	0	56,50bzG
do. do. St.-Pr.	3	108,75G
Inowrazl., Steinsalzb.	3⅕	74,75B
Kattowitzer	10	179,50bzG
Königin-Marienhütte	5	88,75bz
König Wilhelm konv.	15	221,50bzG
do. St.-Pr.	20	270,50bzG
Leopoldsgr. Edderitz	5¼	105,25G
Luise Tiefbau konv.	0	68,75bz
do. do. St.-Pr.	4	103,50G
Magdeburg.-Bergwerk	28⅓	— —
Marienhütte Kotzenau	4½	88,00bzG
Menden & Schwerte kv.	0	— —
do. St.-Pr.	5½	95,00bz
RheinischeStahl Lit. C.	15	205,00bzG
Schlesisch. Zinkhütten	11	228,60bzG
Stadtberger Hütte	6½	123,25bzG
Wurm-Revier	6½	126,60G

Oblig. v. Industr. u. Bergw.-Ges.

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	102,40bz
Aschersleb. Kaliwerke	5	— —
Bochumer Gussstahl	4	— —
Dessauer Gas	4½	107,90G
Dortmunder Union	5	111,75G
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	100,40B
Hamb.-Packetfahrt	4	— —
Laurahütte	3½	97,60G
Naphta-Obligationen	4½	101,20bzG
Norddeutscher Lloyd	4	— —
Oberschl. Eisen-Ind.	4	101,30G
v. Tiele-Winkler	4	— —
Zoologischer Garten	5	102,75G

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	6⅚	138,30G
Berg-Märk. B. i. Elbf.	7½	165,00bzG
Börsen-Handelsverein	5⅓	107,40bz
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	3	99,40bzG
Cöln W. u. Komm.	5½	107,75B
Danziger Privatbank	7¼	139,50bz
Deutsche Grundschuld	7	129,50bzG
do. Effekt.-B. (Hahn)	7	126,60bzG
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6	120,60G
Dresdener Bankverein	7	126,25bz
Essener Kredit	7½	145,50bzG
Gothaer Privatbank	6⅓	135,10G
do. Grundkreditb.	4	130,30bzG
do. do. junge	4	113,40B
Hamburg. Hypoth.-B.	8	159,00bz
Königsberg. Vereinsb.	5½	114,60G
Leipziger Bank	10	198,75bzG
Lübecker Kommerzb.	7⅔	— —
Magdeburger Privatb.	5	110,80bz
Nordd. Grund-Kredit.	4½	101,25bzG
Pr. Hyp.-B. (Spielb.)	6½	134,00bzG
Preuss. Pfandbr.-Bk.	6½	124,00G
Realkredit-Bank	—	45,50bzG

Leipziger Börse, 14. März.

Zf.		M.		Zf.		M.	
3	Sächs. Rent.-Anl.	5000 4000	95,70bz	4	Mansf. Gew. 1882		102,00G
3	do.	1000	95,70bz	4½	do. 1879		101,90G
3	do.	500	95,85bz	4	do. Em. 1875		101,90G
		Thlr.		4	Lpz. Stadtobl. 1884		100,80B
3%	Staatsanl. 1855.	100	96,50G	4½	do. 1876		100,80B
3½	do. 67 kv. 4%	500	101,00G	3½	Altb. Landoblig.	1000	102,30G
3½	Landrentendr.	500	99,00G	3½	do. do.	500	102,30G

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.	
15	Aussig-Tepl. 500 fl.	330,00G
8	Böhm. Nordbahn	175,00G
13 1/21	Buschtiehrad. Lit. A.	301,50G
12	do. do. B	286,50bzG
110fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	107,50B
6½	Graz-Köflach.	144,50B
3⅔	Marienburg-Mlawka	85,00G

Div.	Eisenb.-St.-P.-Akt.	
5	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —
5	do. do. B.	— —
5	Marienburg-Mlawka	— —

Div.	Bank- u. Kredit-Akt.	
11	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	209,30G
8	Dresdener Bank	166,00bz
6½	Gothaer Privatb.	134,50G
10	Leipziger Bank	198,75bzG
8	do. Hypothek.-B.	151,50B
6⅙	Sächs. Bank	130,00B
6	Zwickauer	116,00B

Div.	Industrie-Papiere.	
9	Chemn. Werkz. (Zim.)	178,00B
24	Cröllw. Papierfabr.	292,50G
—	4% do. Schldvschr.	101,30G
3	Dörstewitz-Rattm.	80,50bz
3	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	139,10G
22	Geraer Jutesp. u. W.	254,00G
9	Germania (Schwalbe)	159,00G
19½	Gersd. Stkb.-V., St.-A.	400,00B
54	do. do. Pr.-A. I	885,00G
49½	do. do. do. II	790,00G
1⅕	Hallesche Str.-B.	112,50G
1	Kette Elbsch.-G.-Akt.	74,00G
4	Körbisd. Zuckerfb.	117,50G

Div.		
5	Leipz. Baubank	104,00G
—	do. Elektr.-Werke	131,60G
4	do. elektr. Strassb.	152,00G
6	do. Gr. elektr. Strassb.	235,00B
10	do. Bierbr. Reudn., v. Riebeck & Co.	208,00G
13⅓	Lpz. Kammgarnsp.	181,00G
11	do. Malzf. Schkeud.	177,00G
0	do. Wollkämmerei	110,00B
55 M.	Mansfelder Kuxe	1024,0B
7½	Sächs. Kammg.	87,25bz
10	Sächs. M.-F. (Hartm.)	191,00G
15	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	217,50B
12	Thür. Gasges. Spz.	221,00bzG
12	do. Stamm-Pr.	230,00G
7½	S.-Thür. Br.-V. St.	138,00B
7½	do. St.-Prior.	138,00B
6	Zeitzer Par. u. S.-A.	117,00B
—	do. do. Oblig.	106,00B
6	Zuckerfabr. Glauzig	117,50G
5½	Zuckerraff. Halle	119,00G

%	Ausl. Eisenb.-Pr.-Obl.	
3½	Aussig-Teplitzer	99,75bz
4	Böhm. Nordbahn	101,75G
5	do. do. Gold	107,00B
4	Buschtiehr. 1896 (stfr.)	101,50G
4	do. do.	101,50G
5	do. Em. 1868/71/72	107,15G
4½	do. Gold	— —
5	Dux-Bodenbach	109,00G
5	do. Em. 1871	109,00G
5	do. do. 1874	111,50G
4½	Graz-Köflacher	101,25G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	103,25G
4	Kaschau-Oderberg	100,00G
4	Prag-Dux Gold	— —
5	do. Gold	111,00G
5	Prag-Turnau	— —

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18980315017/fragment/page=0004